

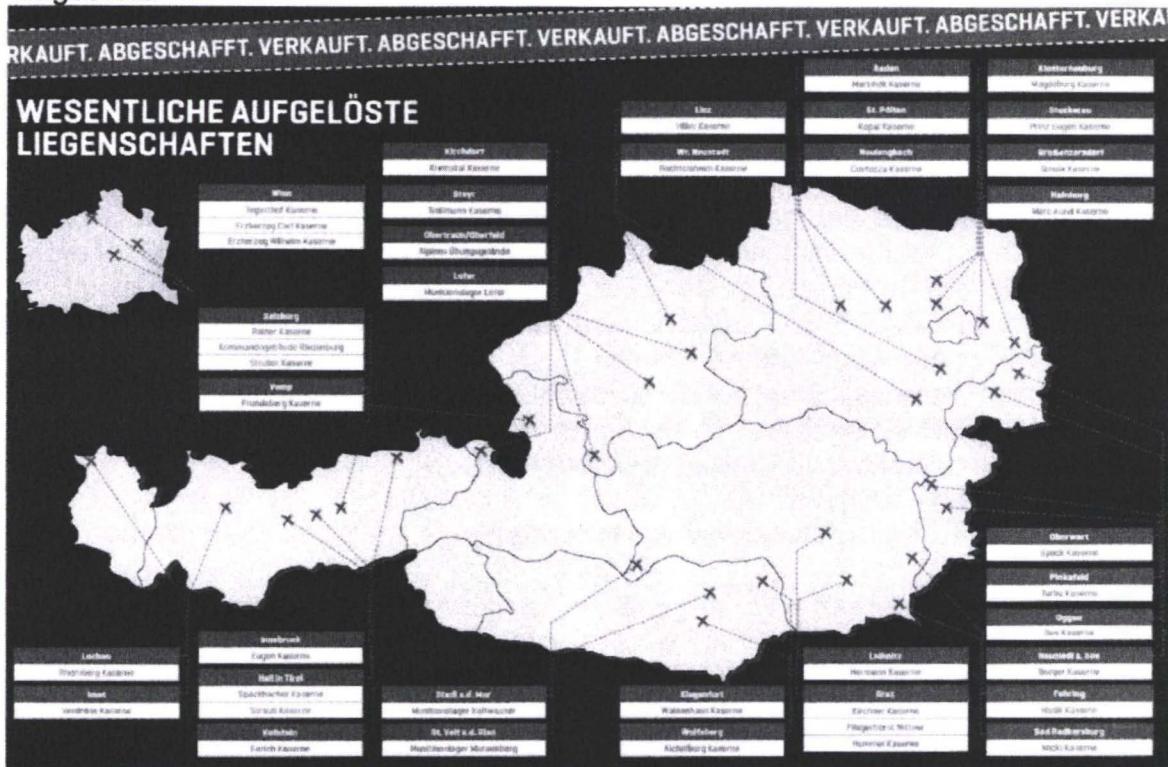
Entschließungsantrag

der Bundesräte Spanring, Beer
und weiterer Bundesräte
betreffend keine Schließung von Kasernen

eingebracht im Zuge der Debatte über die dringliche Anfrage der Bunderäte Mühlwerth und Leinfellner betreffend vorsätzliche Gefährdung der Sicherheit Österreichs durch BM Tanner, am 15. Juli 2020, in der 910. Sitzung des Bundesrates.

Vor zwei Wochen gab es medial die Ankündigung, dass das Bundesheer vor einer tiefgreifenden Umstrukturierung steht. Bundesministerin Tanner plant, die militärische Landesverteidigung auf ein Minimum zu reduzieren. Das Heer wird nur mehr auf Cyberdefence und Katastrophenschutz ausgerichtet. Die Brigaden und schweren Waffen sollen abgeschafft werden, das Personal heruntergefahren, die Masse der Truppe soll auf rein infanteristischen Einsatz umgestellt und Kasernen sollen verkauft werden. Das Österreichische Bundesheer soll an das niedrige LV-Budget angepasst und nur mehr auf Assistenzeinsätze reduziert werden. Die Vorschläge bedeuteten einen massiven Fähigkeitsverlust, de facto die Abschaffung der militärischen Landesverteidigung und damit einen Bruch der Bundesverfassung.

Besondersbrisant könnten die Abrüstungspläne der ÖVP für die Kasernenstandorte werden. Der Generalstab hat schon 2019 in seiner Broschüre „Effektive Landesverteidigung! – Ein Appell“ ganz klar die Probleme der letzten Jahre klar dargestellt:



Davon sind im Endeffekt nicht nur jedes einzelne Bundesland, sondern auch die regionalen Wirtschaftsbetriebe, deren Bediensteten sowie jeder Soldat und Soldatin und Grundwehrdiener persönlich betroffen.

Schon 2015 beschloss das Parlament einen gemeinsamen Schulterschluss aller Parteien im Nationalrat für das Bundesheer. Der Appell des Generalstabschefs vom März 2019 sowie dessen Fortschreibung im Bericht ‚Unser Heer 2030‘ und damit die Bemühungen von insgesamt drei Bundesministern für Landesverteidigung Doskozil, Kunasek und Starlinger werden von der ÖVP beinhart ignoriert und damit die Zukunft des Österreichischen Bundesheeres sowie die Sicherheit Österreichs fahrlässig aufs Spiel gesetzt.

Die unterfertigten Bundesräte stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Bundesrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass keine Kasernen beziehungsweise andere Standorte geschlossen und verkauft werden, vielmehr deren Sanierung und Modernisierung vorangetrieben wird.“



